

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Fracht 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 35 M., mit Postbeförderung 45 M. Inserate 1/2 Spalte 20 Pf. Gedruckt bei Carl Neumann, Neudammstr. 15, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 109.

Mittwoch den 24. März 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In unserer Bekanntmachung vom 10. Januar d. J. hatten wir die Besitzer bez. Administratoren derjenigen Grundstücke, welche von den beabsichtigten Schließarbeiten in der Kürnberger, Sternwarten- und Thalstraße betroffen werden, aufgefordert, wegen Unterführung der Fallrohre u. s. w. die Ausführung der erforderlichen Arbeiten unverzüglich bei uns zu beantragen.

Da dem bisher von vielen Seiten noch nicht nachgekommen ist, so bringen wir unsere ebengedachte Bekanntmachung mit dem Bemerkens in Erinnerung, daß von allen denen, welche der Aufforderung nicht bis zum 15. April d. J. Folge geleistet haben, die angeordnete Geldstrafe von 60 M. unnachlässig eingezogen werden wird und daß außerdem die Unterführung der Fallrohre auf ihre Kosten von Rathswegen erfolgen wird.
Leipzig, am 12. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Bestimmungen in den §§ 85 und 87 des Gesetzes vom 1. December 1864, die Ausübung der Jagd betr., haben wir die Forstbeamten angewiesen, diejenigen, welche ihre Hunde auf sibirischen Jagdgebiete, einschließlich des Rosenthaler, revieren lassen, zur Anzeige zu bringen, unbeaufsichtigte und im Aufsuchen der Verlorenen des Wildes begriffene Hunde aber zu tödten.
Wir sprechen hierbei die Erwartung aus, daß die Eigentümer von Hunden in ihrem eigenen Interesse diese Anordnung nicht unbeachtet lassen, und dadurch zur Schonung des alle Besucher der sibirischen Waldungen erfreuenden, neuerer Zeit sehr zurückgegangenen Reichtums mit beitragen werden.
Leipzig, den 18. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Meißner-Schmidt.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Pfahlerarbeiten in der Hartenstraße ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hieron in Kenntnis gesetzt.
Leipzig, den 19. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der §§ 2 und 7 des Regulativs für Ausführung von Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Klemmner

Herr Friedrich Entz, Rodstraße 9,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 19. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Nippke.

Pfarrstelle.

Durch Emeritirung des jetzigen Inhabers wird die Pfarrstelle zu Panitzsch mit Witten Ende Juni d. J. vacant.

Wir fordern Bewerber um diese Stelle auf, Gesuche und Zeugnisse bis zum 26. April d. J. bei uns einzureichen und bemerken, daß mit derselben ein Einkommen von jährlich 3852 M. 97 S. sowie freie Amtswohnung, welche beim Emeritirungsbedeutend mit 600 M. eingestuft ist, verbunden ist.

Leipzig, den 22. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Meißner-Schmidt.

Königlich Sächsisches Landesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Expeditionen des Landesamtes

Dienstag, den 23. und
Mittwoch, den 24. März d. J.

von Mittag 12 Uhr ab geschlossen.
Leipzig, am 19. März 1880.

Der Landesbeamte:
Director Julius Burdhardt.

Papstthum und Socialismus.

Es ist Alles eitel; selbst die deutschen Römlinge, welche sich als mannhaft Gotteskrieger mit weltlichen Interessen an den Kämpfen der Gegenwart betheiligen, werden die Richtigkeit des Salomonischen Spruches nunmehr zugeben müssen. Wer zählet das Verhalten der Centrumpartei sowohl im preussischen Landtage wie im Reichstage mit aufmerksamen Blicken beobachtet hat, dem kann ein bedenkliches Schwanken der Priester in Frad und Sentance nicht entgangen sein. Noch hört man die alten Fanfaren, welche zum Sammeln um das Banner der Partei „Gleiches Recht für Alle“ geblasen werden, aber die Sturmbläser entweifen nicht mehr den kampfbereiten Eifer von ehedem, der Trommetentöne klingt zag und zögernd, als erwarte das Föhnlein das Commandowort zum Rückzuge. Welch eine Wandlung in der Handhabung der Taktik hat sich hier vollzogen! Die großen Führer, die Windthorst, Scherrenberg, Reichensperger und die anderen Streiter des Centrums haben ebendiesem ganz anders gegen die Befehle der Steuerkraft des Volkes — gegen Ausnahmegesetze und andere unbecuene Dinge geredet, als sie jetzt gegen die Militärvorlage und gegen das Socialistengesetz sprachen! Was sonst gegen das Princip und aus Princip geltend gemacht wurde, all diese Gemeingründe und Sophistereien richten sich heute nur gegen Truggebilde, gegen das „Uebermaß der Beudrängung“, gegen die „Entrechtung“ und „Ausbeutung“ des Volkes. Das Centrum hat die Waage fallen lassen, es manövriert nur noch auf demagogische Art, ohne schäferlich an dem Werke der Selbsterhaltung theilzunehmen. So kann im Sinne der Herren das Militärgesetz angenommen werden, soweit seine Nothwendigkeit dieweilig wird, so soll das Socialistengesetz, ehemals vom Centrum principiell abgelehnt, von ihm verlängert werden, wenn nur eine richterliche Beschränkung erreicht wird; wenn nicht, vielleicht auch ohne dieselbe!

In allen Winkeln des Lagers macht sich eine Verlegenheit bemerklich, welche die Absicht der Umkehr bezeugt, und durch die Besorgnis herrschen, ob die Heerde der Gläubigen auch fernhin den ehrgeizigen Führern folgen wird. Wir sind geneigt, ernste Bedenken gegen den Bestand der Centrumpartei als politische Partei zu erheben. Was nützt der Frieden mit der Regierung den Genossen der kleinen Exzellenz, wenn sie nicht mehr gewöhnt oder nicht mehr in der Zahl gewöhnt werden, welche die Bundesgenossenschaft der Liberalen dem Kanzler überflüssig erscheinen lassen? Man hat in der That allen Grund, verzagt zu sein, denn nachdem der Papst ex cathedra den Socialismus verdammt hat, fällt für die Centrumpartei die Möglichkeit fort, fernherhin die gleiche Fühlung mit der Socialdemokratie zu erhalten, überhaupt das demagogische Handwerk mit Erfolg fortzuführen. Wer so blind zu gehorchen versteht, wer ein Verhängnis in der Hand des römischen Papstes ist, der muß selbst bei den Anwälten des Zukunftstaates sein Ansehen verlieren. Das Publikum um die Wunden der unteren Volksklassen in den katholischen Industriebezirken des Reiches, das Wühlen in den katholischen Gesellen- und Arbeitervereinen ist problematischer geworden, denn die Kirche selbst hat die Socialdemokraten in Acht und Bann erklärt; es wäre Aufhebung gegen ihre heiligen Befehle, wenn man den vaticanischen Beschlüssen nicht gehorchte und sie nicht politisch betätigte. Roma locuta est! Rein römisch Gesinnter darf

mehr anders handeln, wie es der dreizehnte Leo in seiner epochenmachenden Kundgebung verlangt! Die Umkehr in den Grundgesetzen ist fromme Pflicht geworden, und was sonst als verdienstliche That erschien, gilt heute als Verrath! Wenn Bischof Ketteler diese Wandlung des Vaticanus erlebt hätte, er, der streitbarste deutsche Prälat und Tagespolitiker! In seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und das Christenthum“, nimmt seine Gnaden entschieden Partei für Vassalle gegen Schütz-Dehlysch mit ganz denselben Redewendungen, wie man sie in jeder socialdemokratischen Versammlung hören kann. Da wird über die nicht zu trennenden Beziehungen von den armen jüngeren Arbeiter röhnt; aber der Kirchenfürst ist offenbar hoch erfreut, in Vassalle den Mann gefunden zu haben, welcher die Arbeiter dem liberalen Lager entzünden kann. Nach weitläufigen Betrachtungen darüber, mit vollkommener Billigung des vassallischen Gedankens kommt der Verfasser zu der Schlussfolgerung, daß nur die Kirche berufen sei, die Kluft zwischen Arm und Reich auszufüllen, und daß sie das längst und mit Erfolg gethan haben würde, wenn man ihr nicht die weltliche Macht, wenn man ihr nicht die Kirchengüter geraubt hätte, deren Rückgabe dann direct verlangt wird. Selbst das „Ehrene Lohngesetz“ galt dem Bischof Ketteler als so unumstößliche Wahrheit, daß er ohne Weiteres die Probe wiederholte, daß Jeder, welcher dies in Frage stellte, nur die Absicht haben könne, das Volk zu täuschen. „Das ist der Seidenmarkt unseres liberalen Europas, zugeschnitten nach dem Muster unseres humanen Liberalismus.“ Im Sinne dieses Mannes wirkten, wie Professor Dr. Karl Birnbaum zu Leipzig in einem geistvollen Essay „Die Meriten, deren Wirtschaftsprogramm und ihre Arbeitervereine“*) speciell hervorhebt, die Moutang, Kelping, Rajunk und die ganze Detmanerschaft der Centrumpartei in ihren mehr oder minder socialistisch angehauchten Vereinen.

Indessen, Rom hat gesprochen und nach der angeordneten Richtung hin ist es mit dem kirchlichen Demagogenthum vorbei. Der Erlass, welchen der Papst am 24. Februar an den gewesenen Erzbischof von Köln entsandte, predigt schlanke Weg die Vernichtung des Socialismus und weist mit Entschiedenheit die revolutionäre Aufhebung desselben gegen den Staat zurück. Das ist, so meinen wir, die erste rechte Friedensbotschaft, durch welche dem Streite zwischen Staat und Kirche ein Ziel gesetzt werden kann. Herr v. Puttkamer aber wird seine verschämte Rechte in die Hand des Herrn v. Windthorst legen und mit dem Centrumsführer die Leidenenschaften beschwören können, welche durch lange Jahre hindurch einen Theil unseres Volkes erregten, es seiner Arbeit entzogen und vaterlandlos zu machen drohten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 23. März.

Die kirchenpolitische Lage des preussischen Staates bildet das unerschöpfliche Thema der gesamten deutschen Presse. Indem wir auf den heutigen Leitartikel verweisen, geben wir an dieser

*) In der soeben erschienenen Schrift „Wichtige Tagesfragen“, Vorträge über Parteihandpunkte und Parteibestrebungen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik von Dr. Karl Birnbaum, Professor an der Universität Leipzig. Berlin, Theodor Fuchs, 1880. Wir behalten uns vor, auf das Werk zurückzukommen. Die Redaction.

Stelle unserem Berliner Correspondenten das Wort, der sich zur Sache wie folgt äußert: „Eine hervorragende politische Persönlichkeit Berlins, welche als ein Factor unseres Staatslebens betrachtet werden muß, äußerte in diesen Tagen: „Wenn der Friede im Innern gesichert ist, so wird die Auseinandersetzung mit den äußeren Feinden beginnen.“ Ob diesem Ausspruche ein so maßgebender Werth beizulegen sei, wie in gewissen Kreisen angenommen wird, hören wir von anderer Seite bezweifeln. Fürst Bismarck hat schon wiederholt den Beweis geführt, daß er in großen Staatsactionen weder mit der Zuneigung noch mit der Abneigung des Vaticanus und des Centrums rechnet. Ueberdies folgt das katholische Deutschland den Intentionen des protestantischen Staatsmannes, und der Älteste Sohn der Kirche, Frankreich, steht am Vorabende desselben Culturkampfes, den Deutschland in den letzten Jahren geführt hat. Bestätigen sich die Mittheilungen über die Vorgänge im letzten Ministerrath, so wären die Linien bereits gezogen, nach welchen die preussische Staatsregierung bei dem anzubahmenden Frieden mit Rom ihr Verhalten einzurichten hätte. Man verheißt nicht, daß die Einzelheiten der Zugeständnisse Preussens im culturkämpferischen Lager eben so viel Ueberlassung erregen dürften, als unter den süddeutschen Ultramontanen die Nachgiebigkeit des Papstes hervorgerufen hat. Wenn auch die Verbesserung der Nothgesetze nicht mit einem Male, sondern nur ruckweise und nach Maßgabe der päpstlichen Gegenleistungen erfolgen soll, so würden die Zugeständnisse der Regierung doch derartige sein, daß die verschämteren Elemente der katholischen Kirche in Preußen dadurch befriedigt sein dürften. Die Aufhebung des Staatsgerichtshofes, so großen Werth die Ultramontanen auf dieses legen, würde nach jenen Auffassungen nicht zu erwarten, wohl aber würde diese Institution gegenstandslos werden, weil der Clerus selbst keine Veranlassung mehr bieten würde, Prozesse gegen ihn anzustrengen. In Beziehung auf Orden und Congregationen würde der Staat auf dem Verbote beharren, welches die betreffenden Gesellschaften (Schulbrüder, Schulweibern u. c.) von dem öffentlichen Unterricht ausschließt. Aber er würde gegen die Wiedererführung jener Orden und geistlichen Genossenschaften, die sich mit der Krankenpflege beschäftigen, Nichts einzuwenden haben. Von der katholischen Kirche wird erwartet, daß sie auf die Gesetze betreffs der Vermögensverwaltung schon deshalb keinen besonderen Werth legt, weil die Caplanwirtschaft in der Verwaltung zu Unzuträglichkeiten geführt habe, unter welchen die Kirche selbst zu leiden hatte. Die Staatsaufsicht über die Seminare und die Frage der Staatsprüfungen würde seitens der Regierung nicht zu einem Streitpunkte erhoben werden, an dem die Verhandlungen scheitern könnten. Man wird die gegenwärtige Form dieser Gesetzesbestimmungen lassen lassen, dafür aber anderweitige Vorschläge suchen und verlangen, damit die Curie ihr früheres System der Priestererziehung mit den berechtigten Interessen des Staates in Einklang setze. Aus diesen Mittheilungen geht hervor, daß aus äußeren und inneren Gründen der Staatsklugheit in erster Linie die Kampfgesetze außer Kraft treten werden. Dies wird in wesentlichen Fällen, vielleicht nicht formell, sondern durch Absterben der bezüglichen Bestimmungen erfolgen. Es wäre falsch, anzunehmen, daß das Centrum auf diese Taktik nicht eingehen sollte. Erst vor einigen Tagen sagte einer ihrer Führer und Erleuchter: „Wir fangen nicht in Rom an, wie wir

uns zu verhalten haben, weil man dort die deutschen Verhältnisse nicht kennt. Befolgen wir die Katholische, so gefährden wir vielleicht unsere Interessen; befolgen wir sie nicht, so setzen wir uns mit dem Vatican in Zwiespalt.“ Darum ist die Regierung der Politik des Centrums insoweit sicher, als sie weiß, daß die Curie demselben eine gewisse Selbstständigkeit gewährt.“

Auch die ausländische Presse folgt den zwischen Berlin und Rom schwebenden Verhandlungen mit eingehendem Interesse. So erklärt die Londoner „Times“ in dem Briefe des Papstes Leo an Herrn Reichers ein Zeichen, daß der Kampf zwischen Fürst Bismarck und dem Vatican endlich im Begriff ist, eines natürlichen Todes zu sterben.

Leo XIII. meint die „Times“, habe sich über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine von seinem Vorgänger grundverschiedene Theorie gebildet. Pius IX. habe sich dem kirchlichen Glauben hingegeben, daß Könige und Staatsmänner von der Beobachtung dazu bestimmt seien, die Befehle seiner Zeit. Er beanüge sich mit der Herrschaft auf seinem eigenen Gebiete. Er sei sogar bereit, die Genehmigung des Staats zur Ausübung seiner Vorrrechte nachzusuchen, natürlich unter der Voraussetzung, daß diese Genehmigung erteilt werde. Seine Ansichten über die Grenzen seiner Herrschaft gingen vielleicht über das hinaus, was die weltlichen Behörden ihm zugehen würden; allein er weigerte sich nicht, die Sanction der weltlichen Mächte für einen Theil seiner Ansprüche anzunehmen, wenn er sie nicht für das Ganze verlangen konnte. Papst Leo wisse ohne Zweifel sehr gut, daß die römische Kirche ihre Rolle unter dem deutschen Volke nur unter der Bedingung des Zusammenwirkens mit der deutschen Regierung zu spielen vermöge. Wenn die römisch-katholische Gesellschaft etwas dazu beitragen sollte, die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung zu befestigen, welche in Deutschland untergraben und geschwächt worden, so müsse sie vor Allem der Rolle des Reichsörkers gegen den Bestand der deutschen Nation entgegen. Ob diese Stellung ursprünglich eine aufgewungene oder eine freiwillige gewesen, so sei sie doch immer die Stellung, welche die römische Kirche mehrere Jahre lang eingenommen habe. So lange sie beibehalten werde, müsse der Vatican zu den Feinden und nicht zu den Unterhügern der Ordnung gezählt werden.

Aus den Kreisen der hohen Diplomatie meldet die Berliner „Nationalzeitung“ vom Montag: Der russische Botschafter in Paris, Fürst Drloff, ist auf der Rückreise nach Petersburg am Sonnabend Abend in Berlin eingetroffen und gedenkt bis zum Freitag sich hier aufzuhalten. Bald nach der Ankunft erhielt der Fürst einen mehrstündigen Besuch des hiesigen russischen Botschafters von Saburoff. Heute Nachmittag wurde Fürst Drloff vom Kaiser in Audienz empfangen. — Vom Pariser Specialcorrespondenten der „R.-Z.“ geht derselben telegraphisch unterm 21. März folgende Mittheilung zu: Fürst Drloff ist gestern Abend nach St. Petersburg abgereist. Der russische Botschafter, welcher von dem gesammten Personal der Botschaft zum Bahnhof geleitet wurde, hat vor seiner Abreise wieder dem Präsidenten der Republik nach dem Conscriptpräsidenten de Freycinet Abschiedsbefuche gemacht. Angeblich ist das auf besondere Instruction von Seiten seiner Regierung geschehen.“

Von Seiten des Statthalters von Elsaß-Lothringen ist ein weiterer Schritt geschehen, um die als lästig empfundenen Ausnahmegesetze zu beseitigen. Die Zulassung der verboten